

A N T R A G

der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Unsere Einsatzkräfte schützen - Kriminalprävention weiter vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Ausschreitungen in einigen deutschen Großstädten während der Silvesternacht haben uns alle erschüttert. Angriffe gegen Einsatzkräfte, die sich jeden Tag unermüdlich für unsere Sicherheit einsetzen, sind auf das Schärfste zu verurteilen.

Der saarländische Landtag steht ohne Wenn und Aber hinter der guten Arbeit, die Polizei, Rettungskräfte und Feuerwehrleute Tag und Nacht im Saarland leisten. Sie sichern die öffentliche Ordnung, greifen in Gefahrenlagen ein und riskieren dabei häufig ihre Gesundheit. Der Landtag stellt sich jeglicher Gewalt gegen Einsatzkräfte entgegen. Angriffe auf Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehrleute sind ein direkter Angriff auf unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie und müssen konsequent verfolgt werden. Maßnahmen, die eine unmittelbare, folgerichtige und entschlossene Reaktion des Staates im Hinblick auf Straftaten gegen Rettungs- und Einsatzkräfte darstellen, wie beispielsweise das beschleunigte Verfahren, sollen bei der Strafverfolgung durch Staatsanwaltschaft und Polizei stärker in den Fokus gerückt werden. Die Generalstaatsanwaltschaft Saarbrücken hat mit ihren „Richtlinien zur Sachbehandlung von Straftaten gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Mandatsträger und Mandatsträgerinnen sowie Rettungskräfte“ eine gute Grundlage geschaffen, Straftaten zum Nachteil dieser Berufsgruppen mit besonderer Konsequenz zu verfolgen.

Gleichwohl stellt der Landtag fest, dass die Silvesternacht im Saarland nach Einschätzung der Polizei und der sonstigen Einsatzkräfte überwiegend friedlich und ohne herausragende Vorkommnisse verlief. Das Einsatzaufkommen für die Polizei erreichte ein mit den Vor-Corona-Jahren vergleichbares Niveau. Vor dem Hintergrund der Geschehnisse in der Silvesternacht in anderen Bundesländern gilt es, das im Saarland bewährte, zielgerichtete und umfassende Vorgehen zur Prävention von Kriminalität konsequent weiterzuführen. Verantwortungsvolle Sicherheitspolitik bekämpft die Ursachen und Entstehungsbedin-

gungen von Kriminalität. Kriminalprävention ist hierbei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehört, die gute Arbeit der Präventionseinrichtungen im Saarland stärker miteinander zu vernetzen und die Gründung lokaler Sicherheitspartnerschaften und Beiräte zur Kriminalprävention zu forcieren. Das Ziel ist die flächendeckende Schaffung operativ arbeitender Präventionsnetzwerke auf allen Ebenen. Daher ist es umso wichtiger, neben Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst auch die operativ Mitarbeitenden der Ortspolizeibehörden im Saarland mithilfe von wiederkehrenden, auf den jeweiligen Einsatzbereich abgestimmten Aus- und Fortbildungsbedarfen, zu beschulen.

Die Landesregierung stellt durch personelle und materielle Ausstattung die Weichen für den Schutz unserer Einsatzkräfte. Hierzu gehört die im Haushalt 2023 gesicherte Modernisierung der Ausstattung der saarländischen Polizei, wie etwa die Neubeschaffung von Body Cams sowie die Beschreitung neuer Wege zum Schutze der Einsatzkräfte, wie die Einführung von Dash Cams für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als Reaktion auf die grauenhaften Morde in Kusel. Dieser Weg muss konsequent weitergegangen werden, um die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Sicherheit der saarländischen Einsatzkräfte sicherzustellen.

Ein wichtiger Bestandteil der Kriminalprävention ist die Prävention im Kinder- und Jugendbereich. Kinder und Jugendliche befinden sich in der Entwicklung und sind noch auf dem Weg, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Sie befinden sich im Entwicklungsprozess und lernen dabei ihre Grenzen kennen. Dabei benötigen sie unterschiedliche Formen der Begleitung, konkrete Hilfe und Unterstützung. Neben der Familie und dem informellen Umfeld sind es vor allem die Handlungsfelder Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Polizei, Justiz und Kinder- und Jugendpsychiatrie, in denen diese Bedarfe aufgegriffen und dort fachspezifisch interpretiert und bearbeitet werden.

Eine wesentliche Stütze im Leben von Kindern und Jugendlichen in unserem Land sind die Jugendverbände und die Jugendverbandsarbeit im Allgemeinen. Ihr Ziel ist es, junge Menschen zur Selbstbestimmung, zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement zu befähigen. Jugendverbände, Jugendgruppen und Initiativen der Jugendarbeit zeichnet aus, dass sie von jungen Menschen in Eigenverantwortung organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet werden. Unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Jugendarbeit ist eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Jugendverbände. Die kontinuierliche Anhebung des Mittelansatzes für die Förderung der Jugendverbandsarbeit sichert den eingeschlagenen Weg der stärkeren Unterstützung der Jugendverbände finanziell ab.

Außerdem ist aktive und aufsuchende Elternarbeit ein wesentlicher Baustein für eine gelingende Präventionsarbeit im Bereich der Jugendgewalt. Bei vielen Jugendlichen sind die Eltern und die Familie nach wie vor die ersten Ansprechpartner und oftmals ist der Einfluss der Familie auf die Jugendlichen entscheidend für den Lebensweg. Der direkte Kontakt mit den Eltern muss möglichst früh beginnen, um einen Einblick in die familiäre Struktur zu erhalten und ein Vertrauensverhältnis aufzubauen.

Neben der Familie ist die Schule der Ort, an dem Kinder und Jugendliche den überwiegenden Teil ihrer Zeit verbringen. Schulen sind nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung. Vielmehr begleitet und berät die Schulsozialarbeit Schülerinnen und Schüler, ihre Familien und Lehrkräfte. Eine verbindliche und langfristige Beziehungsarbeit zwischen den Fachkräften der Schulsozialarbeit und den Familien ist Bedingung für eine gelingende Gewaltprävention. Die Fachkräfte der Schulsozialarbeit sichern den Austausch und die Kooperation zur Unterstützung der Lernenden. Durch die seit 2022 rechtlich verankerten multiprofessionellen Teams, die das gelebte Miteinander von Lehrkräften und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter gewährleisten, können Fachkräfte der Schulsozialarbeit gleichwertig im Schulbetrieb wirken und leisten als eigenständige Profession mit einem eigenen Instrumentenkasten einen wichtigen Beitrag zur besten Betreuung von Kindern und Jugendlichen.

Um die individuelle Förderung von Kindern- und Jugendlichen zu gewährleisten und den Zusammenhang zwischen sozialer Lage des Elternhauses und späterem Lebensweg aufzulösen, ist die beschlossene Senkung des Klassenteilers in Grundschulen eine wichtige Maßnahme. Sie ermöglicht es, frühzeitig auffälliges Verhalten besser zu erkennen und gegebenenfalls die begleitenden Schritte einzuleiten. Auch die Abschaffung der Kita-Gebühren trägt dazu bei, dass Kinder so früh wie möglich gefördert werden. Der Landtag spricht sich weiterhin für die Einführung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene aus, die Leistungen vereinfacht und den tatsächlichen Bedarf abdeckt.

Auch außerhalb der Schule braucht es eine aktive und niedrigschwellige Jugendsozialarbeit mit Streetworkern und Streetworkerinnen und mobilen Teams, aber auch mit Angeboten in Jugendfreizeiteinrichtungen. Die Jugendsozialarbeit unterstützt individuell beeinträchtigte und sozial benachteiligte junge Menschen im Alter zwischen 12 und 27 Jahren und beugt Jugendgewalt gezielt vor. Alle Angebote der Jugendsozialarbeit setzen an den Bedürfnissen der jungen Menschen an und sorgen für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Die Jugendsozialarbeit kümmert sich auch zielgruppenspezifisch und sozialraumorientiert um Jugendliche, die von anderen Institutionen nicht erreicht werden.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ein Einwanderungsland, das von den Menschen, die zu uns kommen, profitiert. Der Landtag wehrt sich gegen jede Art von Stigmatisierung und Diskriminierung und lehnt eine Erzählung, nach der Kriminalität vor allem eine Frage der Integration sei, ab. Gelingene, diskriminierungsfreie Integration ist gleichwohl ein Teil einer gelungenen Präventionsarbeit.

Die Bekämpfung von Gewalt in belasteten Quartieren ist eine gemeinsame Kraftanstrengung. Die Ziele sind: Mehr Teilhabe, mehr Chancengerechtigkeit, aber auch mehr Respekt vor Regeln. Die soziale Perspektive muss stets neben die konsequente Verfolgung von Straftaten treten. Das Quartiersmanagement soll die Präventions- und Bildungsarbeit in sozial benachteiligten Quartieren verbessern und stärken. Die aufgebauten Kümmererstrukturen von Präventionsprogrammen sollen Problemlagen frühzeitig erkennen, Akteurinnen und Akteure einbeziehen, unterstützen und vernetzen sowie passgenaue, zielgrup-

penspezifische und sozialraumorientierte Maßnahmen entwickeln. Mit Programmen der Städtebauförderung werden Infrastruktureinrichtungen gebaut und saniert, die als Begegnungsräume, gemeinschaftlich genutzte Plätze und Sportanlagen zur Verfügung stehen. Auch der Ausbau und die Weiterentwicklung von Familienzentren können zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zum Abbau von Hürden führen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- die Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der saarländischen Einsatzkräfte konsequent weiterzuführen.
- die kontinuierliche Anhebung des Mittelansatz für die Förderung der Jugendverbandsarbeit zu verstetigen.
- die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen und die Stärkung der Jugend- und Sozialarbeit voranzutreiben.
- die zügige Sachbehandlung von anhängigen Strafverfahren gemäß den Richtlinien zur „Sachbehandlung von Straftaten gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Mandatsträger und Mandatsträgerinnen sowie Rettungskräfte“ mit dem Ziel der zeitnahen sowie spürbaren Sanktionierung des strafbaren Handelns zu verstetigen.
- durch die verstärkte Anwendung des beschleunigten Verfahrens eine unmittelbare und folgerichtige sowie entschlossene Reaktion des Staates zu gewährleisten.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.